

Nr. 458 | 20.12.2024

Russland-Analysen

Einstellung zum Krieg

ANALYSE	
Entwicklung der gesellschaftlichen Wahrnehmung und der Zustimmung in Russland zum Krieg gegen die Ukraine Elena Koneva (ExtremeScan)	2
UMFRAGEN	
Einstellung zum Krieg gegen die Ukraine	8
DEKODER	
Verschollene Gefallene	10
<hr/>	
LESETIPPS	
Belarus Analytical Digest und Moldovan Analytical Digest	14
<hr/>	
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	17

Entwicklung der gesellschaftlichen Wahrnehmung und der Zustimmung in Russland zum Krieg gegen die Ukraine

Elena Koneva (ExtremeScan)

DOI: 10.31205/RA.458.01

Zusammenfassung

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat in der Wahrnehmung der russischen Bevölkerung eine Entwicklung vom anfänglichen Schock durchlaufen, der später einer Euphorie und – ausgelöst durch die Mobilmachung von 2022 – Angst wich. Es folgte dann eine Routinisierung und Marginalisierung während sich die Bevölkerung aktuell der immer stärker zu Tage tretenden negativen Folgen des Krieges bewusst wird. Im Laufe der Zeit änderte sich die Zustimmung zum Krieg, bedingt durch staatliche Propaganda, die Aussicht auf eine alternative Herangehensweise an den Krieg durch zwei Präsidentschaftskandidat:innen im Frühjahr 2024 sowie den Grad der wirtschaftlichen und persönlichen Betroffenheit durch den Krieg.

Soziolog:innen mobilisieren sich

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat die Landschaft der Meinungsforschung in Russland verändert.

Im öffentlichen Raum waren hier viele Jahre drei Akteure präsent: das staatliche Institut WZIOM («All-russisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung»), das 2003 den Namen und die Ressourcen des ursprünglichen WZIOM unter Tatjana Saslawskaja und Jurij Lewada in Beschlag nahm (letztere hatten in den zwei Jahren nach dem Machtantritt Wladimir Putins deutlich gemacht, dass sie nicht bereit sind, unter der Kontrolle des Kreml zu arbeiten); die »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), die formal unabhängig ist, sich aber vollkommen auf die Präsidialadministration ausrichtet, die als strategische Kundin betrachtet wird, und das unabhängige »Lewada-Zentrum«, das auf der Basis eines Teams entstand, das das »neue« WZIOM verlassen hatte.

Der Krieg gegen die Ukraine brachte eine Initiative von zwei spontan gebildeten Forschungsgruppen hervor, die in dem schwierigen, aber für die historische Einordnung überaus wichtigen Kontext der »militärischen Spezialoperation« unabhängige Untersuchungen anstellen wollen. Buchstäblich mit Beginn des großangelegten Krieges wurden zwei neue Akteure tätig: Zum einen »ExtremeScan[1]« und das Projekt »Chroniki[2]«, sowie andererseits »RussianField«, das seit längerem auf dem Feld des politischen Consulting und begleitender Meinungsumfragen aktiv war. Letzteres zeigt sich aber zunehmend in der Maske einer »liberal unabhängigen«, dabei jedoch kremlnahen, servilen Soziologie. Zu erwähnen ist auch, das »Public Sociology Laboratory« (PS Lab), das seit Beginn des Krieges unabhängige qualitative und ethnografische Projekte unternimmt, mit denen tieferliegende Schichten des gesellschaftlichen Bewusstseins analysiert werden.

Die Autorin ist Begründerin und Expertin der Forscher:innengruppe »ExtremeScan«, einer ständigen Partne-

rin des Projekts »Chroniki« und Kollaborationspartnerin von »PS Lab«. Diese Kollaboration hat in den vergangenen 34 Monaten über 30 Studien möglich gemacht.

Die quantitativen Studien werden mittels Telefoninterviews nach Zufallsauswahl durchgeführt, die für die erwachsene Bevölkerung Russlands repräsentativ sind. Die übliche Fallzahl einer Stichprobe einer Befragungswelle beträgt 1.600 Personen. Es gibt auch Projekte mit einer Beteiligung von 1.000 bis 5.500 Personen. Das Problem von Meinungsumfragen unter den Bedingungen eines aktuell stattfindenden Krieges, verstärkter Repressionen und Zensur ist für Journalist:innen und Politolog:innen von größter Bedeutung. Wir selbst sind nicht weniger als sie um die Qualität unserer Daten besorgt und verfolgen daher höchst aufmerksam eine möglicherweise veränderte Zusammensetzung der Grundgesamtheit wie auch der Stichproben; gleiches gilt für die Kooperationsbereitschaft der Respondent:innen. Besonders sorgsam sind wir bei der Formulierung sensibler Fragen und der Wahl einer neuen Sprache bei der Zusammenarbeit mit unseren »Informant:innen« (wie sie von unseren Kolleg:innen vom »PS Lab« genannt werden). Autor:innen qualitativer Studien arbeiten mit klassischen Tiefeninterviews, Fokusgruppen und den unter den gegebenen Bedingungen besonders wertvollen ethnografischen Forschungsarbeiten, bei denen unterstützend Methoden der teilnehmenden Beobachtung zum Einsatz kommen.

Der schwierige Weg, sich den Krieg bewusst zu machen

Seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine war das wichtigste Thema der Studien die Entwicklung, die die Wahrnehmung des Krieges durch die Gesellschaft in Russland nimmt. Daten aus den Umfragen der letzten neun Monate verweisen auf ein neues Stadium: Man wird sich des Krieges bewusst.

Im Jahr 2023, nach dem anfänglichen Schock und der anschließenden Euphorie, nach den Ängsten wegen der Mobilmachung und der Beschäftigung damit, hatte sich das Leben angesichts der fast abstrakten Kampfhandlungen stabilisiert. Es waren alternative Importströme entstanden, die Wirtschaft Russlands wies ein Wachstum auf und schaltete in hohem Maße auf Kriegswirtschaft um. Die Rüstungsproduktion nahm zu, und nach der Meuterei von Jewgenij Prigoschin gab es in der Armee keine desorganisierende Doppelherrschaft mehr.

Die turnusmäßige Rekrutierung von Grundwehrdienstleistenden im Herbst 2023 wurde vorsichtiger und stiller durchgeführt als die Mobilmachung 2022, die jedermann in Aufruhr versetzt hatte. Die Kriegspropaganda in den Medien wurde sogar schwächer, auch wenn die patriotische Eiferung blieb und die radikalen TV-Formate und Talkshows keineswegs verschwanden. Das gesellschaftliche Bewusstsein reagierte auf diese Lage der Dinge mit Erleichterung.

Unsere Studien haben gezeigt^[3], dass es zwei wichtige Komponenten der veränderten Wahrnehmung gibt: Der Anteil der tatsächlichen Befürworter des Krieges ging zurück und die kriegsfreundlichen Positionen in der Gesellschaft waren sehr viel weniger hörbar.

Das Jahr 2023 war dadurch geprägt, dass der Krieg zur Routine und marginalisiert wurde^[4]. Das Wissen um die Kriegshandlungen in der Ukraine wurden psychologisch an die Peripherie verdrängt. Der Krieg geriet zu einem langwierigen Unglück, vor dem es kein Entrinnen gab und auf das man keinen Einfluss nehmen konnte.

Diese Marginalisierung erfolgte aus zwei Gründen: Einerseits verspürten die Menschen Angst und Hilflosigkeit. Andererseits waren die Kriegshandlungen weit entfernt, in einem anderen Land. Das ermöglichte es vielen Leuten, kaum an den Krieg zu denken^[5] und nicht die ganze Zeit vom Krieg zu reden.

Das ist von einigen als »Normalisierung des Krieges« bezeichnet worden, doch erscheint »Verdrängung« hier der genauere Begriff.

Übergang zur Phase eines Bewusstwerdens des Krieges

Die Situation begann sich mit den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2024 zu ändern.

Das Auftreten von zwei kriegskritischen^[6] Präsidentschaftskandidat:innen im Frühjahr 2024 – Jekaterina Dunzowa und Boris Nadeschdin – aktivierte kriegskritische Stimmungen. Durch den aufsehenerregenden Prozess der Unterschriftensammlung für Nadeschdin gelang es, für einige Zeit die Vorstellung von Frieden im gesellschaftlichen Narrativ zu legitimieren. Das wirkte sich sofort auf die Haltungen zur »militärischen Spezialoperation« aus.

Hier eine Frage, die wir den Respondent:innen ununterbrochen stellen:

»Unterstützen Sie die militärische Operation Russlands auf dem Territorium der Ukraine oder nicht, fällt es Ihnen schwer zu antworten oder wollen Sie auf diese Frage nicht antworten?«

Im Februar 2024 ging die Unterstützung für den Krieg in unseren Umfragen von 55–56 Prozent auf den Rekordwert von 46 Prozent zurück. Die Bereitschaft, die Truppen aus der Ukraine abzuziehen, stieg ebenfalls auf einen Rekordwert von 49 Prozent.

Unserer Ansicht nach war dies der Moment, an dem ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung aus dem Zustand des Vergessens erwachte und eine bewusstere Wahrnehmung des Krieges einsetzte.

Das alltägliche Leben, das ja in der Sorge um das täglich Brot besteht, um die Gesundheit der Angehörigen und die Ausbildung der Kinder, um die Wahrung des Besitzes und der Wohnung, nagte allmählich und kaum merklich an der Bereitschaft, den Krieg zu dulden wie auch an der Loyalität gegenüber der Regierung.

Nutznieser und Opfer des Krieges

Im gesamten Verlauf des Krieges haben Forscher:innen betont, dass Menschen mit geringem materiellem Status in geringerem Maße die »militärische Spezialoperation« unterstützen als wohlhabendere. Im September zeigten die Daten von »Chroniki« eine Diskrepanz bei der Unterstützung in Abhängigkeit vom Grad des Wohlstands, die zwischen 41 und 56 Prozent liegt. Der verbesserte oder verschlechterte materielle Status bleibt deshalb ein wichtiger Indikator, weil gerade die subjektive Einschätzung dieser Veränderung Einfluss auf die Haltung zur Regierung und zum Krieg hat.

Ungeachtet der Festigung der Bevölkerungsschicht, die wir als Nutznießer des Krieges bezeichnen, steht sie mit ihren Einkommenszuwächsen und der rekordverdächtigen Reduzierung der Arbeitslosigkeit im Gegensatz zu Trends, die wir für ein gutes Drittel der Bevölkerung ausmachen konnten. Von einer Verschlechterung der materiellen Lage sprachen 15 Prozent der Befragten; im September 2024 waren es bereits 27 Prozent. Die Unterstützung für den Krieg war bei den Respondent:innen dieser Bevölkerungskategorien stets erheblich niedriger als bei anderen Kategorien (43 % gegenüber 49 %):

Im September dieses Jahres erklärten 75 Prozent der Befragten, dass sie oder Familienangehörige Kredite aufnehmen mussten. Die Kredite erwiesen sich als guter Marker für Bevölkerungsgruppen, bei denen sich gegenteilige Effekte durch die Kriegsfolgen bemerkbar machten.

Wir haben festgestellt, dass Respondent:innen, die 2022 oder 2023 einen Kredit aufgenommen hatten, weil

es »die Möglichkeit gab, die Wohnsituation zu verbessern«, sich in Bezug auf den Krieg loyaler zeigten (56 %). Hier ist anzumerken, dass Befragte, deren Verwandte sich an den Kriegshandlungen beteiligen, zweimal häufiger von Möglichkeiten sprachen, ihre Wohnsituation zu verbessern. Wenn jedoch Geld »dringend fürs Leben« benötigt wurde, fiel die Unterstützung für die »militärische Spezialoperation« allerdings geringer aus als im Schnitt (45 %).

Die Abhängigkeit der Haltung zum Krieg von den materiellen Lebensbedingungen wird dann besonders deutlich, wenn es um Schwierigkeiten bei der Abzahlung von Krediten geht. Bei den Antworten auf die Frage »Ist es Ihnen oder Ihrer Familie 2023 oder 2024 insgesamt leichter oder schwerer als früher gefallen, Kredite abzuzahlen, oder hat sich die Lage nicht geändert?«, antworteten sechs Prozent, dass es leichter wurde, und 52 Prozent, dass es schwieriger wurde.

Diejenigen, denen es leichter fiel, also die Nutznießer des Krieges, unterstützen in höherem Maße den Krieg (63 % gegenüber 49 % über die gesamte Stichprobe). Und nur 30 Prozent derjenigen, die Schwierigkeiten haben, denen es schwerer fiel, Kredite abzuzahlen, unterstützen die Spezialoperation.

Die Mobilmachung ist der Hauptgrund für Frust

In dem Maße, in dem es Familienmitglieder gibt, die sich an den Kriegshandlungen beteiligen, ändert sich auch die Wahrnehmung des Krieges. Auf die Frage, ob es in der Familie so jemanden gibt, antworteten vor anderthalb Jahren 20 Prozent bejahend. Im August und September 2024 ist dieser Wert auf 30 Prozent gestiegen.

Zum Vergleich führen wir die Daten[7] zu einer analogen Frage an (mit der Formulierung »Angehörige«): In der Ukraine haben insgesamt 70 Prozent Angehörige, die sich nach der Vollinvasion am Widerstand gegen den russischen Angriffskrieg beteiligen oder beteiligt haben. Im Vergleich zum September 2023 ist dieser Wert jetzt um fünf Prozentpunkte gestiegen.

In den aufgrund ethnischer Minderheiten gegründeten Teilrepubliken antworteten zwischen 43 und 54 Prozent der Befragten, dass jemand aus der Familie an der Front ist.

Die gleiche Gesetzmäßigkeit zeigt sich auch bei der Wahrnehmung in Bezug auf die Schieflage bei der Zahl der Kriegführenden. Im Schnitt haben in Russland 26 Prozent angegeben, dass aus ihrer Region mehr Leute als in anderen Regionen für den Krieg mobilisiert wurden. In Moskau, St. Petersburg und dem Swerdlowsker Gebiet waren es 6–8 Prozent der Befragten. In Gebieten mit verstärkter Mobilmachung wie etwa Baschkortostan, Tuwa oder Dagestan waren es zwischen 32 und 51 Prozent.

Bislang ist bei jenen, die in der Familie Kriegsteilnehmer:innen haben, die Unterstützung für den Krieg

sogar höher als bei den übrigen. Das ist verständlich: Es ist schwierig sich damit abzufinden, dass Verwandte an einem durch nichts zu rechtfertigenden Krieg teilnehmen. Klar ist allerdings auch, dass diese Russ:innen in einem höheren Maße als andere (89 % gegenüber 79 %) in Sorge sind, dass die Männer an der Front getötet oder verwundet werden könnten. Mit wachsenden Verlustzahlen dürfte unweigerlich auch das Bewusstsein für den Preis des Krieges gegen das Nachbarland steigen.

Terroranschläge drücken nicht die Umfragewerte zum Krieg

Sowohl die Unterstützung für den Krieg wie auch die Einstellung zugunsten einer Beendigung der Kriegshandlungen kann unter dem Eindruck dramatischer Ereignisse zunehmen bzw. zurückgehen; danach kehren sie jedoch auf das frühere Niveau zurück. Ein markantes Beispiel sind die Reaktionen auf den Terroranschlag [8] in der »Crocus City Hall«.

Die Propaganda sorgte erfolgreich für die vom Regime gewünschten Haltungen[9]: 37 Prozent der Russ:innen nannten als wichtigsten Auftraggeber den Westen und die NATO, 27 Prozent die Ukraine und nur 9 Prozent radikale Islamist:innen. Die propagandistischen Beschuldigungen hatten einen gewissen Teil der Bevölkerung überzeugt: Wenn die Ukraine und ihre Partner den Krieg mit derart barbarischen Methoden führt, muss man sich noch enger zusammenschließen und kann sich nicht auf Friedensverhandlungen einlassen.

Allerdings geriet die Erinnerung an den Terroranschlag vom März 2023 – wie auch die an andere dramatische Ereignisse – recht bald in den Hintergrund[10]. Die PRORA-Studie (»Panel Study of Russian Public Opinion and Attitudes«) zeigte bereits im Juni einen Abfall um 8 Prozentpunkte und damit eine Rückkehr zu den durchschnittlichen Zustimmungswerten zur sogenannten Spezialoperation von 53 Prozent.

Der Vorstoß in das Gebiet Kursk als Trigger für das Bewusstsein, dass Krieg ist

Ein grundlegend neuer Faktor bei der Wahrnehmung des Krieges war der Vorstoß ukrainischer Streitkräfte in das Gebiet Kursk[11].

Ungeachtet der geografischen Nähe des Krieges – für einen Teil des Gebiets sind die feindlichen Soldaten nur 30 Kilometer entfernt – war der Krieg für die Bewohner des Gebiets lange nur ein Bild im Fernseher geblieben. Für sie begann der Krieg laut eigenem Bekunden am 6. August 2024.

Im Unterschied zum Beschuss und anderen militärischen Aktionen in Grenznähe, die den Zusammenhalt stärkten, hatte der Vorstoß eine entgegengesetzte Wirkung: Die Unterstützung für den Krieg ging zurück, und die Verunsicherung wuchs[12]. Ein ähnlicher Effekt

war nach der Mobilmachung im September 2022 und bei der Verschärfung des Gesetzes über die Wehrpflicht vom April 2023 zu beobachten.

»OpenMinds« zufolge, das den Inhalt der sozialen Netzwerke und der Medien untersucht, verschlechterte^[13] sich die Stimmung bereits in der ersten Wochen nach dem ukrainischen Vorstoß von $-0,25$ auf $-0,47$ auf einer Skala, auf der -1 die negativste Haltung zur Spezialoperation darstellt, und $+1$ die positivste.

Die Bewohner:innen Russlands, und vor allem die des Gebietes Kursk, erlebten eine Enttäuschung: Die Worte davon, dass eine Verletzung der Staatsgrenzen nicht möglich sei, von der Stärke der Armee, von der Bereitschaft des Staates, nicht nur seine Bürger:innen zu schützen, [sondern alle, die sich zu Russland gehörig fühlen, (Anm. d. Red.)] stellten sich als offensichtlicher Bluff heraus. Die meisten Beamt:innen dort flohen und überließen die Menschen ihrem Schicksal. In der ersten Zeit halfen in jenen Siedlungen, in die es die Flüchtlinge geschafft hatten, allein Freiwillige. Flüchtlinge aus den Teilen des Gebietes Kursk, in denen Kriegshandlungen stattfinden oder ukrainische Truppen stehen, befinden sich in einer schwierigen Lage ohne Wohnung oder angemessene Unterstützungszahlungen. Und in den Häusern, die stehen blieben, wüten Plünderer in Gestalt russischer Militärangehöriger. Die Bewohner:innen betroffener Gebiete protestieren in nur unbedeutenden Zahlen; und die Proteste sind nicht stimmig, da sie »Väterchen Zar« ansprechen, und ihre Wut sich gegen lokale Verwaltungschefs richtet.

Die Folgen des Krieges, die sich so materialisiert haben, machen wiederum die folgende Frage aktuell:

»Falls Wladimir Putin die Entscheidung trifft, die Truppen vom Territorium der Ukraine abzuziehen und Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu beginnen, ohne die ursprünglichen Ziele der militärischen Spezialoperation erreicht zu haben, würden Sie diese Entscheidung unterstützen oder nicht?«

Angesichts des ukrainischen Vorstoßes auf Kursk ist der Anteil derjenigen, die bereit wären, einen Rückzug der russischen Truppen und einen Übergang zu Friedensverhandlungen zu unterstützen – ungeachtet der nicht erreichten Ziele –, von 40 auf 49 Prozent gesprungen. Das ist das erwähnte Rekordniveau von Antikriegsstimmungen, das während des Wahlkampfes von Boris Nadeschdin zu beobachten war.

Der Anteil derjenigen, die einen Abzug der Truppen und eine Aufnahme von Friedensgesprächen nicht unterstützen, verharrte bei 33 Prozent, ungeachtet des ukrainischen Vorstoßes. Hier ist zu erwähnen, dass unter denen, die eine Fortsetzung des Krieges wollen, mindestens zwei Gruppen mit unterschiedlichen Motiven auszumachen sind: Ungefähr die Hälfte dieser 33 Prozent sind Verfechter eines Krieges bis zum siegreichen Ende, bis zum

Erreichen der gestellten Ziele, von denen die Befragten allerdings nur eine sehr ungefähre Vorstellung hatten. Die Übrigen werden von der Angst vor einem Einmarsch der Ukrainer:innen getrieben, einer Angst vor Rache.

Durch eine ähnliche Angst lässt sich wohl auch erklären, dass nach dem Terroranschlag auf die »Crocus City Hall«, der dank der Propaganda als Fortsetzung des Krieges mit terroristischen Mitteln wahrgenommen wurde, die Umfragewerte für eine »Fortsetzung des Krieges« für kurze Zeit 44 Prozent erreichten.

Trauma des militärischen Misserfolgs

Unabhängig davon, wie sich der ukrainische Vorstoß in das Gebiet Kursk entwickelte, bedeutete die Tatsache, dass die russische Grenze überschritten wurde und sich auf russischem Territorium Kriegsgerät des Gegners befindet, für viele Russ:innen einen unentzerrbaren Beleg für die Schwäche der russischen Armee. Dieser Misserfolg ist ein wirkungsmächtiger Faktor für eine schwindende Popularität des Krieges, ganz wie die Mobilmachung.

Für die Menschen in Russland kann das Vorrücken im Donbass nicht den Verlust eines Teils des Gebietes Kursk aufwiegen. Vor die Wahl gestellt, was wichtiger ist, die Befreiung des Gebietes Kursk oder ein Vorrücken in der Ukraine, wollen 53 Prozent eine Rückgewinnung der russischen Gebiete und nur 15 Prozent einen Sieg jenseits der Grenzen Russlands. Hierbei gibt es keinen Unterschied zwischen konsequenten Verfechter:innen des Krieges und Anhänger:innen einer Friedenslösung.

Auch andere Anzeichen deuten darauf hin, dass der Wert neuer Territorien für die Menschen ein ganz anderer ist als für den Kreml. Wenn die Russ:innen wählen könnten, worauf man bei Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine beharren sollte, würden sich nur 26 Prozent für eine Beibehaltung der von Russland besetzten Gebiete entscheiden. Dem stehen 46 Prozent gegenüber, die in einen Frieden einwilligen würden, wenn die Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichtet, fast doppelt so viele. Sicherheit erscheint wichtiger als Expansion.

Der Vorstoß auf Kursk als Vorbote einer Mobilmachung

Interessant ist, dass drei bis vier Wochen nach dem ukrainischen Vorstoß der Anteil derjenigen, die meinen, der Staat solle Mittel vor allem für die Streitkräfte und nicht für soziale Zwecke einsetzen, von 37 auf 43 Prozent anstieg. Zuvor war dieser Anteil im Sinken begriffen.

»Falls es ein Haushaltsdefizit gibt, wofür sollten staatliche Mittel in erster Linie ausgegeben werden, für die Streitkräfte oder für Soziales?«

Man kann sich vorstellen, dass dies nicht nur mit einem Aufflammen revanchistischer Stimmungen

zusammenhängt, sondern auch mit Sorgen wegen einer drohenden Mobilmachung, da der ukrainische Vorstoß die Schwäche der Armee und den Mangel an Soldaten deutlich werden ließ.

Einer Inhaltsanalyse^[14] zufolge nahm im Internet die Zahl der Suchanfragen zum Thema Mobilmachung nach dem Vorstoß drastisch zu. Der Staat entlohnt Vertragssoldaten großzügig, doch die Zahl derjenigen, die zu kämpfen bereit sind, ist offensichtlich, trotz der Gelder, nicht mehr ausreichend, um den Bedarf der Armee befriedigen. Und die Menschen in Russland sind bereit, eine Erhöhung der Ausgaben für die Armee zu unterstützen, sogar auf Kosten der Sozialausgaben. Hauptsache, der Feind dringt nicht auf das Territorium Russlands ein und es gibt keine Notwendigkeit für eine massenhafte zwangsweise Mobilmachung. Die Angst vor einer Mobilmachung ist größer als die vor Verarmung.

Das alles bedeutet nicht, dass gleichzeitig nicht auch rund ein Fünftel der Befragten die Notwendigkeit einer Mobilmachung hinnimmt (in Abhängigkeit von der Formulierung der Frage von 18 bis 22 %). Sogar elf Prozent der Friedensbefürworter stimmen dem zu. Und 42 Prozent – also doppelt so viel wie alle Befragten – sind überzeugt, dass eine Mobilmachung sowieso erfolgen werde, trotz offizieller Versicherungen^[15] des Gegenteils.

Die Sorgen hinsichtlich einer Mobilmachung werden auch in verwandten Befürchtungen und Ängsten deutlich. Verwundung oder Tod der Menschen an der Front werden in Russland von 78 Prozent als vordringliches Problem genannt. Am stärksten gilt das mit 88–90 Prozent für das Gebiet Belgorod und ethnisch begründete Republiken – Dagestan, Baschkortostan, Tuwa und Burjatien –, die seit Beginn des Krieges Opfer einer verstärkten zwangsweisen Mobilmachung sind.

Das Gebiet Belgorod ist dabei nicht nur durch Verwundete und Gefallene an der Front und konkret an seiner Grenze betroffen, sondern auch durch zivile Opfer aufgrund von Artilleriebeschuss und Drohnenangriffen im Gebiet.

Falls für eine Fortsetzung der militärischen Spezialoperation eine neue Mobilmachung nötig wird, bevorzugen 49 Prozent (gegenüber 36 %), dass die Mobilisierten nach Hause kommen und keine neue Mobilmachung erfolgt, die Spezialoperation also beendet wird.

Ein weiterer Hinweis darauf, dass die Ablehnung einer Mobilmachung zunimmt, ist die veränderte Haltung zu denen, die sich dem Kriegsdienst entziehen. Die werden von 27 Prozent verurteilt, während 51 Prozent Verständnis zeigten (den übrigen fiel es schwer zu antworten). Vor anderthalb Jahren verurteilten es noch 36 Prozent, und 46 Prozent hatten Verständnis.

Die Motive derjenigen, die freiwillig in den Krieg ziehen, werden von 37 Prozent der Befragten mit einem Interesse an Geld erklärt, 24 Prozent geben Pflichtge-

fühl an, 29 Prozent eine Kombination aus beidem. Es ist wenig überraschend, dass diejenigen, die den Krieg unterstützen, den Freiwilligen eher edle Motive zuschreiben (32 %), auch wenn sie einräumen, dass Geld eine wichtige Rolle spielt (23 %).

Offene Gegner des Krieges glauben praktisch überhaupt nicht an ein Pflichtgefühl bei Vertragssoldaten: 80 Prozent meinen, dass diese allein um des Geldes Willen in den Krieg ziehen.

Das ist nicht ihr Krieg

Daten des Lewada-Zentrums^[16] zufolge beschreiben die Befragten den Schaden durch die militärische Spezialoperation in Kategorien der persönlichen Folgen für sich selbst. Der »Nutzen« wird in staatlichen und nationalen Kategorien wie der Rückgewinnung von Territorien, neugewonnenen Territorien, Bevölkerungsgewinn, Verteidigung gegen die NATO, gegen den Faschismus usw. umrissen. Das alles korrespondiert gut mit den Antworten auf unsere Frage »Welchen Nutzen wird Ihnen persönlich ein Sieg Russlands bringen?«

56 Prozent sagen: »Gar keinen^[17].« Und bei den 30 Prozent, die konkrete positive Ergebnisse nennen, sind häufiger Meinungen zu finden, dass »das Blutvergießen aufhört, die Männer zurückkommen, Angehörige und Verwandte von der Front zurückkommen, das Verhältnis zu Verwandten in der Ukraine wiederhergestellt wird usw.« Wenn das »Lewada-Zentrum« wie auch andere Institute den Befragten die Formulierung »den militärischen Konflikt beenden und die annektierten Territorien zurückgeben« vorlegen, stimmen 31 Prozent dieser kategorischen Aussage zu, während 72 Prozent einer »Beendigung des militärischen Konflikts« ohne weitere Bedingungen zustimmen. Anscheinend versetzt die weitergehende Formulierung die Befragten in einen Konflikt mit der intensiven propagandistischen Agenda, die den Krieg und die Eroberung neuer Territorien begleitet.

Diese Reaktion ist allerdings nur dann anzutreffen, solange man sich nicht entscheiden muss.

Bei der Wahl zwischen Mobilmachung und Frieden oder zwischen einem Vorrücken im Donbas und einer Befreiung des Gebietes Kursk antworten die meisten Befragten: Frieden bzw. russisches Gebiet! Es ist das zunehmende gesellschaftliche Bedürfnis nach Frieden und die wachsende Bereitschaft zu Kompromissen, die auf ein stärkeres Bewusstsein für die tragischen Folgen des Krieges verweisen.

Fairerweise ist zu erwähnen, dass dieses stärkere Bewusstsein noch nicht eine Erhellung oder ein vollständiges Verstehen der Ursprünge und Folgen des Krieges bedeutet. Es ist sehr schwierig, sich von der rationalisierten Unausweichlichkeit des Krieges zu lösen, von der Konfrontation zwischen Russland und dem gesamten Westen – und eben nicht nur der »kleinen« Ukraine –,

vom Mythos der Friedensliebe und des Internationalismus der Russ:innen.

Bisher sind recht egozentrische Faktoren wirksam, die einer Ermüdung durch den Krieg, einer Enttäuschung durch fehlende militärische Erfolge, den eigenen Ängsten und Verlusten entspringen. Doch lässt sich denken, dass selbst eine Befreiung des Gebietes Kursk und ein Vorrücken in der Ukraine die Menschen in Russland nicht in eine Zeit zurückversetzen dürften, in der sie nicht verstehen, dass ein wahrhafter Krieg stattfindet.

Nach 1.000 Tagen Krieg beginnt sich ein zunehmend größerer Kreis von Russ:innen der materiellen Folgen dieses Krieges bewusst zu werden. Diese Erkennt-

nis bedeutet keine Veränderung des Wertesystems der Menschen, sie führt nicht zu einem tieferen Verständnis über das aggressive Wesen der Kriegshandlungen Russlands oder einer Empathie für die Ukrainer:innen. Es verstärkt lediglich die Antikriegsstimmungen. Allerdings trägt »Antikriegs-« die Assoziation mit Protesten und Aktivismus in sich, was nicht dem Wesen dieser Stimmungen entspricht. Die Russ:innen verstehen nicht die Ziele des Krieges, und wenn sie diese verstehen, dann würde nur ein kleiner Teil von ihnen sie teilen. Sie wollen einfach für sich Frieden[18].

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Die vorliegende Analyse basiert auf der Publikation »Public Perception of the War: Shifting from Repression of Consciousness to Awareness« von Elena Koneva bei Russia.Post (https://russiapost.info/society/public_perception) und ist eine durch die Autorin leicht veränderte Fassung des Beitrags. Der Beitrag entstand auf Grundlage von Meinungsumfragen von Chroniki und ExtremeScan, durchgeführt im Zeitraum von Februar 2022 bis Oktober 2024.

Über die Autorin

Elena Koneva ist eine russische Soziologin. Sie studierte politische Psychologie an der Moskauer Staatlichen Universität (MGU). Ende der 1980er Jahre und Anfang der 1990er Jahre war sie stellvertretende Direktorin des »Allsowjetischen Zentrums zur Erforschung der öffentlichen Meinung!« (WZIOM, seit 2003: »Allrussisches...«), einem für die Präsidentialadministration tätigen staatlichen Institut. Von 1991 bis 2016 war sie Begründerin und Direktorin der Firma COMCON/Ipsos in Russland. 2016 zog sie nach Zypern, wo sie Studien über Migrant:innen unternahm. Nach der russischen Vollinvasion in die Ukraine baute sie die unabhängige Soziolog:innengemeinschaft »ExtremeScan« auf (<https://www.extremescan.eu/about>), die in Russland und der Ukraine Studien durchführt.

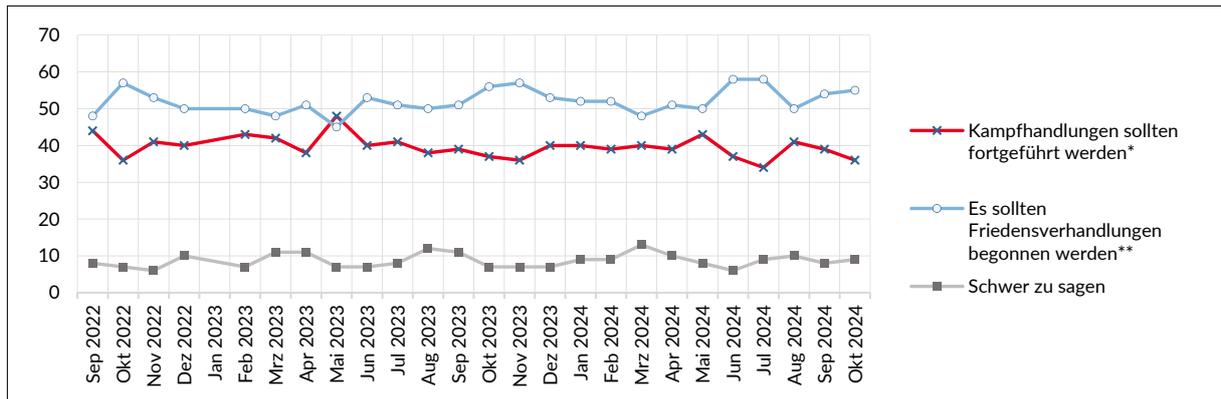
Verweise

- [1] <https://www.extremescan.eu/>
- [2] <https://www.chronicles.report/>
- [3] <https://www.extremescan.eu/ru/post/lyudi-chotyat-nevozmognogo-mira>
- [4] <https://re-russia.net/en/expertise/0123/>
- [5] <https://uatv.ua/ot-shoka-do-vytesneniya-kak-menyaetsya-otnoshenie-rossiyan-k-vojne-obsuzhdaem-s-sotsiologom-elenoj-konevoj/>
- [6] https://russiapost.info/politics/shortlived_campaign
- [7] <https://news.liga.net/politics/news/opros-u-70-ukraintsev-est-blizkie-kto-voeval-ili-voyuet-na-zapade-i-v-tsentre-bolshe>
- [8] <https://re-russia.net/en/analytics/0150/>
- [9] <https://www.extremescan.eu/post/the-crocus-city-terrorist-attack-concluding-the-election-and-continuing-the-special-military-operat>
- [10] <https://osf.io/preprints/osf/g4an5>
- [11] <https://republic.ru/posts/113309?invite=359be11844b03ce8f09f32736b56d8d0>
- [12] <https://media.fom.ru/fom-bd/d40no2024.pdf>
- [13] <https://open-minds-institute-e9f5-d6fa5938c57ba.webflow.io/reports/how-the-kursk-region-incursion-shifted-russians-attitudes-towards-the-war>
- [14] <https://open-minds-institute-e9f5-d6fa5938c57ba.webflow.io/reports/how-the-kursk-region-incursion-shifted-russians-attitudes-towards-the-war>
- [15] <https://www.gazeta.ru/army/news/2024/09/30/24043453.shtml>
- [16] <https://www.levada.ru/2024/10/09/konflikt-s-ukrainoj-vnimanie-podderzhka-otnoshenie-k-razlichnym-usloviyam-mirnogo-soglasheniya-v-sentyabre-2024-goda/>
- [17] <https://www.moscowtimes.ru/2023/05/09/pobeda-eto-vernutsya-nazad-tuda-gde-voina-esche-ne-nachalas-a42402>
- [18] <https://republic.ru/posts/111072?invite=4bfd6541b2f588826b215b08eebbff53>

UMFRAGEN

Einstellung zum Krieg gegen die Ukraine

Grafik 1: Was denken Sie, sollten weiterhin die Kampfhandlungen fortgesetzt oder sollten Friedensverhandlungen begonnen werden? (% der Befragten)

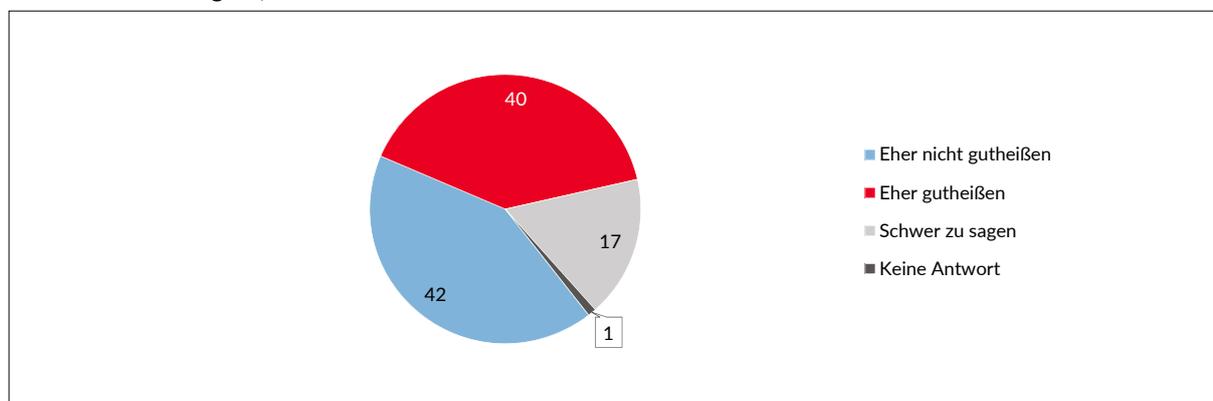


	Kampfhandlungen sollten eindeutig fortgeführt werden	Kampfhandlungen sollten eher fortgeführt werden	Es sollten eher Friedensverhandlungen begonnen werden	Es sollten eindeutig Friedensverhandlungen begonnen werden	Schwer zu sagen
Okt 24	24	12	31	24	9
Sep 24	25	14	30	24	8
Aug 24	26	15	27	23	10
Jul 24	21	13	32	26	9
Jun 24	23	14	34	24	6
Mai 24	26	17	30	20	8
Apr 24	26	13	29	22	10
Mrz 24	27	13	26	22	13
Feb 24	26	13	29	23	9
Jan 24	24	16	31	21	9
Dez 23	25	15	31	22	7
Nov 23	21	15	33	24	7
Okt 23	24	13	32	24	7
Sep 23	25	14	28	23	11
Aug 23	24	14	27	23	12
Jul 23	25	16	27	24	8
Jun 23	26	14	30	23	7
Mai 23	30	18	28	17	7
Apr 23	25	13	28	23	11
Mrz 23	26	16	29	19	11
Feb 23	27	16	29	21	7
Dez 22	27	13	29	21	10
Nov 22	24	17	31	22	6
Okt 22	22	14	31	26	7
Sep 22	29	15	27	21	8

* Antworten »Kampfhandlungen sollten eindeutig fortgeführt werden« und »Kampfhandlungen sollten eher fortgeführt werden«; ** Antworten »Es sollten eindeutig Friedensverhandlungen begonnen werden« und »Es sollten eher Friedensverhandlungen begonnen werden«

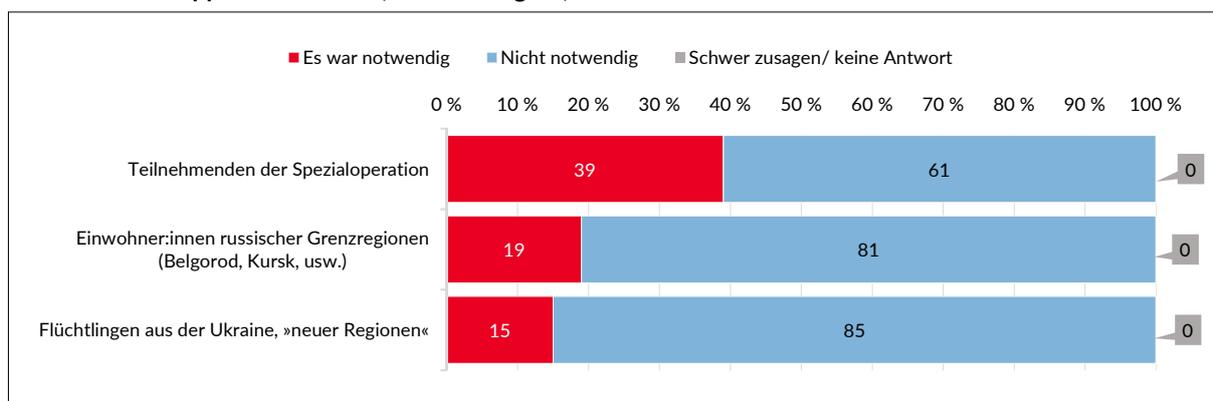
Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums vom zuletzt 24.10. - 30.10.2024, veröffentlicht am 06.11.2024; online unter: <https://www.levada.ru/2024/11/06/konflikt-s-ukrainoj-vnimanie-podderzhka-otnoshenie-k-mirnym-peregovoram-i-k-sluzhbe-po-kontraktu-v-oktyabre-2024-goda/>.

Grafik 2: Wenn ein Familienmitglied oder Nahestehender einen Vertrag zur Beteiligung an der Spezialoperation unterzeichnen würde, würden Sie diesen Entschluss eher gutheißen oder nicht? (% der Befragten)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.10. – 30.10.2024, veröffentlicht am 06.11.2024; online unter: <https://www.levada.ru/2024/11/06/konflikt-s-ukrainoj-vnimanie-podderzhka-otnoshenie-k-mirnym-peregovoram-i-k-sluzhbe-po-kontraktu-v-oktyabre-2024-goda/>

Grafik 3: Mussten Sie in den vergangenen 12 Monaten Hilfgelder oder -güter sammeln, um folgender Gruppe zu helfen ...? (% der Befragten)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 22.08. – 28.08.2024, veröffentlicht am 30.08.2024; online unter: <https://www.levada.ru/2024/08/30/konflikt-s-ukrainoj-i-napadenie-na-kurskuyu-oblast-osnovnye-pokazateli-v-avguste-2024-goda/>

Verschollene Gefallene

Einleitung von deKoder

Wenn russische Soldaten im Krieg gegen die Ukraine getötet werden, steht ihren Familien eine Entschädigung von umgerechnet 150.000 Euro zu. Und den Kommandeuren ihrer Einheit – neuer Truppennachschub. Der russische Staat aber will solche Zahlungen, Soldatenersatz und besonders verräterisch negative Statistiken vermeiden. Also kursiert innerhalb der russischen Armee eine inoffizielle Order, besonders schwer Verwundete und Getötete lieber auf dem Schlachtfeld liegen zu lassen. Dann kann der Tod nicht bewiesen werden und ein Verschollener ist kein Gefallener – und am Ende billiger.

Werden Ersatzansprüche geltend gemacht, muss ein Gericht entscheiden, ob – ohne Leiche – ausreichend Hinweise auf den Tod eines Soldaten vorliegen. Das russische Onlinemedium Verstka hat sich angeschaut, wie viele solche Anträge auf Anerkennung getöteter Militärangehöriger bei russischen Gerichten eingehen: seit dem russischen Überfall auf die Ukraine fast 3.000, zwei Drittel davon 2024. Die Gerichtsunterlagen zeigen auch, dass in der Hälfte der Fälle nicht die Familien den Antrag stellten, sondern die Kommandeure der Militäreinheiten – damit jene »toten Seelen« auf dem Papier durch neue Kämpfer ersetzt werden können.

Verstka hat dafür aus 21.600 Fällen an russischen Bezirks- und Garnisonsgerichten, in denen Russen als tot oder verschollen anerkannt wurden, diejenigen Fälle seit Ende Februar 2022 herausgesucht, in denen eine militärische Einheit, das Verteidigungsministerium oder ein Militärstaatsanwalt beteiligt war. Von diesen 2.847 Fällen konnte die Redaktion die Urteile im Wortlaut zu fast 200 Fällen recherchieren. Dieser Datensatz verrät auch, welche Einheiten am häufigsten in diesen Verfahren figurieren – und offenbar die größten Verluste haben.

Tote Seelen vor Gericht

Seit März 2022 sind bei den Bezirks- und Garnisonsgerichten (Militärgerichte der ersten Instanz – dek) in Russland und der annektierten Krym mindestens 2.847 Klagen eingegangen, die das Ziel haben, Militärangehörige, deren sterbliche Überreste noch auf dem Schlachtfeld liegen, für tot oder verschollen zu erklären. Während 2022 nur vereinzelt solche Anträge eingingen, waren es ab Sommer 2023 monatlich bereits mehrere Dutzend.

2024 ging es, statistisch gesehen, schon bei jedem vierten Antrag auf amtliche Anerkennung als tot oder verschollen um Militärangehörige. Zwischen Juni und August 2024 registrierten die russischen Gerichte bereits über 1.300 Eingänge. Davon allein im August die bislang höchste Anzahl – mindestens 554. Rund drei Viertel der in diesem Sommer gestellten Anträge befinden sich noch in Bearbeitung, in 196 Fällen wurde der Klage bereits stattgegeben.

Spitzenreiter unter den Truppeneinheiten, aus denen solche Anträge eingehen, ist die Einheit Nr. 22179 in Nowotscherkassk (Oblast Rostow) mit insgesamt 221 Fällen. Hier ist eine Schtorm-Z[1]-Einheit angesiedelt.

Andere Stützpunkte, die besonders häufig in den Verfahren zu gefallenen oder vermissten Militärangehörigen auftauchen, sind die Einheit Nr. 12721 in Klinzy (Oblast Brjansk) mit 119 Anträgen, Nr. 61899 in Moskau (mit 99), Nr. 06705 aus der Region Transbaikalien (mit 96) und eine weitere in Klinzy (Nr. 91704).

Wieso muss man für tote Soldaten vor Gericht ziehen?

Die russische Armee schafft es nicht, alle gefallenen Soldaten vom Schlachtfeld zu bergen. Das bringt sowohl für die Angehörigen wie für die Einheiten Probleme mit sich: Ohne Leichnam stellen die russischen Behörden keine Sterbeurkunde aus, und ohne juristisch bestätigten Tod gibt es keine Entschädigung. Zudem kann der Armeeangehörige nicht aus der Personalliste gestrichen werden.

Gibt es keinen Leichnam, kann ein Gericht einen Militärangehörigen erst für tot erklären, wenn es mindestens sechs Monate lang keine Nachricht von ihm gab. Verstka konnte allerdings keinen einzigen Fall finden, bei dem ein Soldat allein auf dieser Grundlage für tot erklärt wurde. In der Regel müssen Angehörige oder Vertreter der Einheiten für das Gerichtsverfahren Zeugenaussagen von Kameraden einholen, die den Tod des Betroffenen mitangesehen haben.

In den von Verstka recherchierten Fällen haben die Gerichte, wenn es keine Zeugen gab, die betreffenden Armeeangehörigen als verschollen [anstatt als tot – dek] eingestuft. Bei diesem Status kann man kaum mit einem »Sarggeld« rechnen. Es kann aber beispielsweise Halbwaisenrente für die Kinder beantragt werden. In den zweieinhalb Jahren Krieg wird das Recht, einen gefallenen Armeeangehörigen als tot oder verschollen anerkennen zu lassen, sowohl von deren Familien wie auch von Kommandeuren aktiv genutzt.

Einen Teil der Gefallenen lässt die russische Armee nicht bergen, wenn das betreffende Kampfgebiet von den

ukrainischen Streitkräften beschossen wird. So erklärte im Mai 2024 ein Kämpfer der ehemaligen Gruppe Wagner, der vor einem Gericht in Saransk als Zeuge zum Tod eines Kameraden vernommen wurde: »Wenn man die Leichen holen will, kommen sofort Granaten geflogen, und dann sterben die Nächsten.« Oder aus der schriftlichen Erklärung eines Feldwebels der Einheit Nr. 09332 vom Februar 2024 beim Bezirksgericht Adler: »Aufgrund des schwierigen Geländes und des dichten Feuers der überlegenen Kräfte des Feindes, erschien eine Bergung des Leichnams nicht möglich.« Er habe gesehen, wie ein Gefreiter aus seiner Einheit »tot umfiel«, nachdem er am Kopf getroffen wurde.

In anderen Fällen gibt es nichts zu bergen, weil der Leichnam verbrannt ist oder vollständig vernichtet wurde. So stellte im Frühjahr 2024 ein Gericht in Stawropol zum Tod eines Shtorm-Z-Kämpfers fest: »Im Zuge der Kampfhandlungen verbrannte der Körper des Sohnes der Antragstellerin restlos unter direkter Einwirkung eines Explosivgeschosses, das von den Streitkräften der Ukraine abgefeuert wurde.«

Es kommt auch vor, dass jemand einfach verschwindet und unklar ist, ob er gefallen ist oder nicht. So war es z. B. mit Major Lenar Karimow, der zehn Jahre in der Armeeeinheit Nr. 09332 im nordkaukasischen Adygeja gedient hatte und dann Kommandeur einer Funk- und Radarbatterie der Besatzungstruppen war. Im Zuge der Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte in der Oblast Cherson im Herbst 2022 musste Karimow mit seiner Einheit fliehen und ist seitdem spurlos verschwunden. Die Suche der Kameraden nach seinem Leichnam blieb vergebens. Niemand hat gesehen, was mit ihm geschah, seit anderthalb Jahren gibt es keinerlei Lebenszeichen. Der Kommandeur der Einheit zog vor Gericht, um Karimow für verschollen erklären zu lassen und ihn daraufhin aus der Personalliste streichen zu können.

Warum schießen die Zahlen 2024 in die Höhe?

Die drastische Zunahme der Anträge, um Militärangehörige als gefallen oder verschollen anerkennen zu lassen, geht nicht nur auf den Wunsch von Angehörigen zurück, sondern oft auch auf das aktive Vorgehen der Einheiten.

Für die Kommandeure ist es wichtig, dass bei ihnen keine »toten Seelen« gelistet sind. Sie können einen gefallenen Soldaten, der nicht geborgen wurde, nicht einfach streichen. Und solange jemand auf der Personalliste steht, kann er nicht »entlassen«, also aus dem Soldverzeichnis gestrichen und durch einen anderen ersetzt werden.

So erklärten im August 2024 Vertreter der Einheit Nr. 57367 vor dem Bezirksgericht Ussurijsk, dass sie den Unterfeldwebel mit Rufnamen »Deimos«, dessen Leichnam nicht geborgen werden konnte, aus der Liste streichen wollen, weil »die Einsatzfähigkeit der Einhei-

ten in erster Linie von einer vollen Mannschaftsstärke abhängt«. Der Feldwebel war bereits im Oktober 2022 bei den Kämpfen um das Dorf Wolodymyriwka (Oblast Donezk) getötet worden. Seither, so die Annahme der Armee, liegt sein Leichnam auf ukrainisch kontrolliertem Gebiet. Ein Kamerad des Feldwebels sagt vor Gericht aus, er habe einen Schrei gehört: »Deimos 200[2]!«, und zwar wenige Minuten, nachdem die ukrainischen Streitkräfte das Feuer auf ihre Stellungen eröffnet hatten. Der Kommandeur der Kompanie habe den Befehl gegeben, den Toten zurückzulassen und sich zurückzuziehen.

Unseren Berechnungen zufolge wurden zwischen Januar und August 2024 insgesamt mindestens 2.303 Anträge gestellt, Militärangehörige als gefallen oder vermisst einzustufen. Die eine Hälfte wurde von Truppenstützpunkten gestellt, die andere von den Familien der Getöteten, entweder selbständig oder mit Unterstützung der Militärstaatsanwaltschaft.

Allein 70 Anträge sind 2024 von der Einheit Nr. 29297 eingegangen. Im September 2023 hatte der Telegram-Kanal Mobilisazija eine Videobotschaft veröffentlicht, die angeblich von Soldaten des 1008. Regiments jener Einheit aufgenommen wurde. Die uniformierten Männer berichteten von Regelverstößen und »kolossalen Verlusten«. Trotz allem habe die Einheit als einsatzfähig gegolten.

»Damit unsere Personallücken aufgefüllt werden können, muss aus den Unterlagen die Notwendigkeit dafür hervorgehen«, erklärt ein Vertragssoldat eines Bergungstrupps gegenüber Verstka; seine Leute sind für Suche und Abtransport von Verletzten und Getöteten zuständig. »Wenn etwa ein Drittel der Leute tot oder schwer verletzt ist, kann man eine Aufstockung beantragen. Bei Tschassiw Jar haben wir bis zu 60 Prozent verloren, aber die Leichname fehlen, wir können sie einfach nicht bergen. Wir versuchen, wenigstens die Dienstmarken zu holen, aber auch das ist nicht realistisch. Daher gibt es so viele Vermisste. Keiner mag es, so viele Vermisste nach oben zu melden, dafür kommen dann alle dran. Deswegen haben wir dort einen Monat lang unterbesetzt in der Luft gehangen. Dann brachten sie uns die Strafversetzten und die Häftlinge. Mit denen werden die Lücken gestopft.«

Viele »Sturmtruppen« bleiben auf dem Schlachtfeld

Der Stützpunkt Nr. 06705, der seinen Standort in der Stadt Borsja (Region Transbaikalien) hat, stellte im Mai und Juni 87 Anträge, Militärangehörige für gefallen oder verschollen zu erklären. Dabei wird bei sämtlichen Anträgen vom Juni eine andere Garnison als »interessierte Partei« genannt: Nr. 22179. Auf deren Grundlage wurde eine Shtorm-Z-Einheit gebildet, die aus ehema-

ligen Häftlingen und strafversetzten Soldaten besteht. »Da sind nur lahme Kämpfer, Alkis, Junkies, Deserteure. Wenn der Kommandeur was gegen dich hat, kann der dich einfach da reinstecken. Wenn du nicht gehorchst oder widersprichst – zack, bist du weg. Im Grunde ist das ein Strafbataillon[3], nichts als Fleischwolf«, erklärte der Offizier Andrej (Name geändert) im Frühjahr 2024 gegenüber Verstka. Dass bei der Antragstellung zwei verschiedene Stützpunkte genannt werden, erklärt sich dadurch, dass die Kämpfer von Shtorm Z aus unterschiedlichen Einheiten kamen, um befestigte Stellungen des Feindes zu stürmen.

Die Beschlüsse zu den Anträgen von 2024 sind zwar noch nicht veröffentlicht, aber Verstka konnte 15 frühere Fälle ausfindig machen, die jene Einheit Nr. 22179 betrafen. Daraus geht hervor, dass Soldaten dieser Garnison an diversen Sturmangriffen beteiligt waren und zu unterschiedlichen Zeitpunkten an unterschiedlichen Orten starben: zum Beispiel in Kämpfen bei Kyryliwka (Oblast Saporischschja), Awdijiwka, Oleksandriwka, Marjinka, Swjatohirsk, Dubowo-Wassyliwka (Oblast Donezk) und Bilohoriwka (Oblast Luhansk).

So wurde ein Gefreiter der 63. Shtorm-Z-Kompanie aus der Region Krasnojarsk seiner Mutter zufolge im April 2023 für den Armeedienst angeworben, als er auf Arbeitssuche war, und landete in der Einheit Nr. 22179. Er sollte einen Sold von monatlich 51.900 Rubel [ca. 500 Euro – dek] bekommen. Bereits im Mai 2023 stürmte er ukrainische Stellungen. Seit einem dieser Sturmangriffe ist er verschollen. Ein Kamerad erzählte dann den Angehörigen, er sei »in einem Sumpfgebiet gefallen«. Das Bezirksgericht Suchobusimskoje (Region Krasnojarsk) kam 2024 zu dem Schluss, dass er »bei der Erfüllung seiner Aufgaben im Zuge der militärischen Spezialoperation[4]« ums Leben gekommen war.

Wie die Familien vor Gericht ziehen

Familien, die ihre Angehörigen nicht beerdigen konnten, die die Hoffnung verloren haben, dass sie vielleicht doch noch am Leben sind, und die das »Sarggeld« beantragen wollen, können sich zusammentun und gemeinsam vor Gericht ziehen. Im Sommer 2024 haben Verwandte von Angehörigen der Einheit Nr. 95383 gleich 54 Anträge eingereicht, um ihre Söhne als tot oder verschollen anerkennen zu lassen. Die Soldaten waren mutmaßlich während der Kämpfe um das Dorf Klischtschijwka bei Bachmut ums Leben gekommen.

Im Frühjahr 2024 hatten die Familien dieser Soldaten eine Petition ins Leben gerufen, die bis dato von fast 300 Personen unterzeichnet wurde. Der Text besagt, die Familien hätten seit Juli 2023 nichts mehr von ihren Söhnen gehört. Damals hatten ukrainische Truppen russische Stellungen bei Klischtschijwka angegriffen. Zuvor waren Einzelheiten zu den Kampfhandlungen

bekanntgeworden: In einer Videobotschaft an den Präsidenten behaupten Angehörige der Soldaten, der Kommandeur habe diese »unter Todesdrohungen gezwungen, zu den Stellungen zurückzukehren, die mittlerweile vom Gegner eingenommen waren. Sie konnten nirgendwo in Deckung gehen und bekamen keinerlei Artillerieunterstützung.«

Prozess für einen »Helden«

Vor Gericht muss man selbst dann ziehen, wenn der Betreffende selbst Kommandeur war und nach Ansicht der russischen Armee Heldentaten vollbracht hat. So ging beispielsweise 2024 die Frau von Major Pawel Saran vor Gericht, der in der Einheit Nr. 21634 gedient hatte.

Der Major hatte das Kommando über ein Panzerregiment eines Sturmbataillons und fiel mutmaßlich am 5. Juni 2023 bei Kämpfen in der Nähe von Lewadne (Oblast Saporischschja). Nach offizieller Version hatte Saran seiner Einheit befohlen, die Verteidigungslinie zu halten, wofür er posthum mit dem Titel eines »Helden Russlands« und der Medaille Solotaja Swesda (dt. Goldener Stern) ausgezeichnet wurde. Im Gerichtsbeschluss heißt es, der Major und neun weitere Militärangehörige hätten sich in einem Unterstand befunden, der von ukrainischen Panzereinheiten beschossen wurde. Durch den direkten Einschlag einer Granate kam es in dem Unterstand zur Explosion, wodurch alle zehn ums Leben kamen. Ihre Leichen konnten nicht geborgen werden.

Sarans Ehefrau, vertreten durch die Militärstaatsanwaltschaft, stellte daraufhin einen Antrag an das Bezirksgericht Ussurijsk, wo die Einheit ihres Mannes stationiert ist. Aufgrund von Zeugenaussagen kam das Gericht zu dem Schluss, dass Pawel Saran in der Nähe von Lewadne »in Ausübung seiner militärischen Dienstpflichten gefallen« sei.

Es gelingt den Familien jedoch nicht immer beim ersten Versuch, das Gerichtsverfahren zu gewinnen. Viktoria Dikarjowa aus Polesk in der Oblast Kaliningrad erzählte Verstka bereits im Sommer 2023, ihr Mann, der als Freiwilliger in einer Reservisten-Einheit gedient hatte, sei vermutlich im August 2022 beim Sturm des Dorfes Wolodymyriwka (Oblast Donezk) gefallen. Wjatscheslaw Dikarjow hatte Frau und Tochter zurückgelassen, um – so Viktoria – im Krieg »ein paar Groschen zu verdienen« und im Haus einen Gasanschluss legen zu können. Er war nur eine Woche an der Front. Von Kameraden hatte Viktoria gehört, dass ihrem Mann bei einem Angriff die Beine abgerissen wurden. Er konnte nicht gerettet und sein Leichnam wegen des starken Beschusses nicht geborgen werden.

Doch Viktoria verlor das Gerichtsverfahren, in dem ihr Mann für tot erklärt werden sollte. Der Kommandeur der Einheit Nr. 22179 (derselben, aus der sich auch eine berüchtigte Shtorm-Z-Einheit rekrutierte) teilte

dem Bezirksgericht Polessk mit, er könne keine Informationen zum Schicksal von Dikarjow geben – jener sei nicht in den Personallisten seiner Garnison, sondern bei einer Freiwilligeneinheit registriert gewesen. Letztlich entschied die Richterin, dass es zu wenig Beweise für den Tod Dikarjows gebe.

Also klagte Viktoria ein zweites Mal, diesmal für den Verschollenen-Status. Und diesmal mit Erfolg. Ohne diese Entscheidung, sagte sie, hätte sie nicht einmal Waisenrente für ihre Tochter beantragen können. Mitte August 2024, zwei Jahre nach dem Tod ihres Mannes, will Viktoria aber doch noch einen zweiten Versuch unternehmen, ihn amtlich für tot erklären zu lassen. »Ehrlich gesagt habe ich keine Ahnung, wie das Gericht

entscheiden wird«, sagt sie. »Seit zwei Jahren kämpfe ich nun dafür. Die Entschädigungen und die Rente habe ich ihnen mit Klauen und Zähnen abgerungen. Sein Körper wurde immer noch nicht heimgeholt, wer weiß, ob das überhaupt je geschehen wird. Obwohl doch das Gebiet, in dem er gefallen ist, längst zu Russland gehört, sucht niemand nach ihm. Was kann ich jetzt noch tun? Ich kann jetzt nur noch auf dem Papier seinen Tod feststellen lassen und alle Zahlungen beantragen, die meiner Familie zustehen.«

*Übersetzung aus dem Russischen Hartmut Schröder,
Jennie Seitz*

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck. Das russischsprachige Original erschien bei Verstka, die deutsche Übersetzung bei dekoder unter: <https://www.dekoder.org/de/article/ukraine-krieg-russische-soldaten-verschollen-gericht>.

Lesetipps:

- Abrossimowa, Nina: Mörder mit Tapferkeitsorden, dt. Fassung bei dekoder, 16.02.2023, <https://www.dekoder.org/de/article/wagner-soeldner-krieg-ukraine-mord>.
- Inosemzew, Wladislaw: Putins Ökonomie des Todes, dt. Fassung bei dekoder, 27.07.2023, <https://www.dekoder.org/de/article/krieg-ukraine-soldaten-besoldung-entschaedigung>.
- Novaya Gazeta Europe: Kanonenfutter: »Wenn sie sterben – umso besser«, dt. Fassung bei dekoder, 06.09.2022, <https://www.dekoder.org/de/article/rekrutierung-soeldner-armee-ukraine-krieg>.
- Sologub, Nikita: Frachtgut Zinksarg: Unterwegs mit einem Leichenkurier, dt. Fassung bei dekoder 24.07.2024, <https://www.dekoder.org/de/article/zinksaerge-ueberfuehrung-gefallene-russland>.

Verweise

- [1] Sturm Z (rus. *Schtorm Z*) werden die ab Frühjahr 2023 neu gebildeten russischen Militäreinheiten genannt, die überwiegend aus ehemaligen Strafgefangenen bestehen, aber auch als Strafkompagnien fungieren. Sie wurden als »entbehrliche Infanterie« (*Conflict Intelligence Team* (CIT)) in den gefährlichsten Frontabschnitten eingesetzt, meist zur Erstürmung ukrainischer Positionen, und erlitten große Verluste bis hin zur vollständigen Zerstörung der Einheiten.
- [2] *Grus 200* (dt. Fracht 200) bezeichnet im Russischen Zinksärge, in denen die Leichen gefallener Soldaten nach Hause gebracht werden.
- [3] Im Original *Strafbat* – Abkürzung für Strafbataillon. Diese Militäreinheiten des Großen Vaterländischen Krieges bestanden aus Häftlingen. Insgesamt nahmen schätzungsweise rund 427.000 Häftlinge an Kampfhandlungen teil. Manche Historiker beschreiben Strafbataillone als *Kanonenfutter*: Zeitweise lag dort das Sterberisiko um drei- bis sechsmal höher als bei regulären Streitkräften.
- [4] Der Kreml bezeichnet den Krieg gegen die Ukraine als »militärische Spezialoperation«. Abweichungen von dieser Lesart können in Russland als das Verbreiten von »Fake News über die russische Armee« gedeutet werden. Diese können mit einem am 4. März 2022 in Kraft getretenen Gesetz mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden.

Belarus Analytical Digest und Moldovan Analytical Digest

Zwei neue Publikationsreihen erscheinen ab Januar 2025 bei den englischsprachigen Schwesterpublikationen der Länder-Analysen: der Belarus Analytical Digest sowie der Moldovan Analytical Digest. Beide Länder-Analysen-Reihen analysieren die politische, wirtschaftliche und soziale Lage im jeweiligen Land im Kontext internationaler und sicherheitspolitischer Dimensionen. Alle eingereichten Beiträge durchlaufen eine fast-track Peer-Review. Es folgt ein kleiner Einblick sowie die Möglichkeit zum Abonnement.



Introducing the Moldovan Analytical Digest

We are pleased to announce the launch of the Moldovan Analytical Digest (MDAD), a quarterly open access publication designed to present academic insights about and from Moldova to a broad international audience. To this end, the MDAD will provide expert analysis of current affairs focusing on background information and interpretation. Contributions to the MDAD will undergo fast-track peer review by an editorial board of distinguished scholars and will comply with academic standards of quality and integrity.

Each issue will feature several analyses focusing on a broader topic. The first issue in January 2025 will address the presidential election and the referendum on Moldova's EU candidacy held on 20 October 2024. Further issues will look at national identity and political parties, Moldova's EU candidacy, public opinion in Moldova and the conflict in Transnistria.

The new journal will be distributed free of charge as a pdf-file by e-mail. You can subscribe here: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>. All MDAD issues will be archived online at <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest.html>. It is also planned to archive the issues and index the news summary under <http://www.laender-analysen.de/mdad/>. The latter website will offer indices by author and topic.

The Moldovan Analytical Digest is jointly produced by the Research Centre for East European Studies at the University of Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de), the Center for Eastern European Studies (CEES) at the University of Zurich (www.cees.uzh.ch), the Center for Security Studies (CSS) at ETH Zurich (www.css.ethz.ch), and the University of Fribourg (<https://www.unifr.ch/home/en/>) with financial support from the Elite Network of Bavaria.

We are looking forward to engaging with authors and readers.

*Jan Matti Dollbaum and Amy Eaglestone
(Initiators of the Moldovan Analytical Digest)*

Subscribe to the Belarus Analytical Digest

*Expert Insights into Political, Economic
and Social Developments in Belarus*

About

The Belarus Analytical Digest is an open-access, peer-reviewed online publication on Belarus. Starting in 2025, the Belarus Analytical Digest will publish six issues per year. It provides expert analysis of Belarus's political, economic and social developments in the international and security context.

All contributions to the Belarus Analytical Digest undergo a peer review and comply with expert standards of quality and integrity.

The Belarus Analytical Digest is jointly produced by the Research Centre for East European Studies at the University of Bremen (FSO), the Center for Eastern European Studies (CEES) at the University of Zurich and the Center for Security Studies (CSS) at ETH Zurich.



Free Subscription

Subscribe to receive new issues automatically in your mailbox:

Link

<https://bit.ly/4gaAoLw>

QR-Code



Website

<https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest.html>

Editorial Board

Nelly Bekus (University of Exeter), Tatsiana Chulitskaya (Vilnius University), Iryna Herasimovich (University of Zurich), Jeronim Perović (University of Zurich), Alesia Rudnik (Karlstad University)

Corresponding Editors

Olga Dryndova (olga.dryndova@proton.me) and Heiko Pleines (pleines@uni-bremen.de) (both Research Centre for East European Studies at the University of Bremen)

Subscribe to the Moldovan Analytical Digest

*Expert Insights into Political, Economic
and Social Developments in Moldova*

About

The Moldovan Analytical Digest is an open-access, peer-reviewed online publication on Moldova. Starting in 2025, the Moldovan Analytical Digest will publish four issues per year. It provides expert analysis of Moldova's political, economic and social developments in the international and security context.

All contributions to the Moldovan Analytical Digest undergo a peer review and comply with expert standards of quality and integrity.

The Moldovan Analytical Digest is jointly produced by the Research Centre for East European Studies at the University of Bremen (FSO), the Center for Security Studies (CSS) at the ETH Zurich, the Center for Eastern European Studies (CEES) at the University of Zurich, and the University of Fribourg with support from the Elite Network of Bavaria.



Free Subscription

Subscribe to receive new issues automatically in your mailbox:

Link

<https://bit.ly/3Zr7qkH>

QR-Code



Website

<https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest.html>

Editorial Board

Jan Matti Dollbaum (University of Fribourg / LMU Munich), Dorina Baltag (Loughborough University London), Amy Eaglestone (University of Birmingham), Ion Marandici (independent researcher), Jeronim Perović (University of Zurich), Svetlana Suveica (University of Regensburg), Eleanor Knott (London School of Economics), Daniel Ursprung (University of Zurich)

Corresponding Editor

Jan Matti Dollbaum (jan.dollbaum@unifr.ch) (Université de Fribourg and LMU Munich)

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992.

Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus oder Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>